

Ökonomische Bedingungen und Konsequenzen des Transformationsprozesses in Ostdeutschland*

Walter Heering

Ende der 80er Jahre war die DDR bankrott, und dies war der Führungsspitze der SED durchaus bewußt. Im Westen war dieses Wissen zu diesem Zeitpunkt kaum vorhanden, euphemistisch ausgedrückt; zu lange war man der Propaganda und Schönfärberei der SED aufgesessen. Die Wucht der Ereignisse im Herbst 1989 und danach ließ indes wenig Raum für grundsätzliche Revisionen der Erkenntnisse und Einschätzungen der Wirtschaftskraft des anderen Deutschlands.

Unter diesen Vorzeichen setzte in Ostdeutschland mit der politisch-rechtlicher Auflösung der DDR und ihrer Vereinigung mit der (alten) Bundesrepublik ein sozio-ökonomischer Umstrukturierungsprozeß ein, der historisch ohne Vorbild war und ist, und der allein schon deshalb enorme Risiken beinhalten mußte. Gleichwohl ist dieser Prozeß zur Herstellung wettbewerbsfähiger Marktstrukturen und zur Schaffung vergleichbarer Lebensverhältnisse in Deutschland notwendig. Ein aufgrund gravierender wirtschaftlicher Modernisierungsrückstände unabdingbare Strukturwandel, der sich in der alten Bundesrepublik über einen Zeitraum von immerhin zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren erstreckte, muß sich in den Neuen Bundesländern innerhalb weniger Jahre vollziehen, soll Ostdeutschland nicht auf unabsehbare Zeit ein zweitklassiger Lebensraum bleiben; in den alten Bundesländern hat dieser Prozeß unter ungleich günstigeren binnen- und außenwirtschaftlichen Bedingungen erst nach über einem Jahrzehnt zur Vollbeschäftigung

geführt. Ein derartiges Unternehmen bedingt erhebliche Friktionen, die wirtschaftspolitisch, insbesondere arbeitsmarktpolitisch, nur zum Teil aufgefangen werden konnten und können. Angesichts zunehmender Distanzierung gegenüber dem Vereinigungsprojekt kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß dieses von einer überwältigenden Mehrheit der Ostdeutschen ausdrücklich gewünscht wurde; und obschon das gleiche für Westdeutschland nicht mit gleicher Verlässlichkeit behauptet werden kann, gibt es auch hier hinreichend Indizien dafür, daß die Akzeptanz der Vereinigung jedenfalls zunächst ähnlich hoch war.

Eingedenk anfänglicher Euphorie konnte der jetzt um sich greifende "Katzenjammer" allerdings kaum ausbleiben: In Westdeutschland war man wohl überwiegend der Meinung, weitgehend unberührt von den Vorgängen im Osten wie bisher weiter leben zu können; inzwischen ist die nationale Rührseligkeit der schmerzlichen Erkenntnis gewichen, sich auf einen kostspieligen Tauschhandel eingelassen zu haben. In Ostdeutschland erwartete man offensichtlich eine Art Symbiose der jeweiligen Vorteile beider Systeme bei Vermeidung ihrer jeweiligen Nachteile; Wohlstand und Freiheit à la BRD, soziale Versorgung und Abgeschirmtheit à la DDR, so schien man sich die Zukunft vorgestellt zu haben. Anlässlich dieser Tagung in Chicago denke ich an Milton Friedmans programmatischer Buchtitel, der West- und Ostdeutschen gleichermaßen ins Stammbuch zu schreiben wäre: "There's no such Thing as a Free Lunch!". In diesem Zusammenhang geht es darum, mittlerweile verstärkt auftretenden Tendenzen zu einer Legendenbildung über die DDR entgegenzuwirken.

Richtig ist, daß ost- wie westdeutsche Erwartungshaltungen und Ungeduld durch die Unbekümmertheit westlicher Entscheidungsträger noch verstärkt wurden; tatsächlich war die Ausgangssituation geprägt von einer Überschätzung der ökonomischen Potenz Westdeutschlands bei

* Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages anlässlich der 19. Jahreskonferenz der German Studies Association vom 21.-24. September 1995 in Chicago/Illinois

gleichzeitiger gravierender Unterschätzung der ökonomischen Anpassungsprobleme in Ostdeutschland. Dies mag man kritisieren, rückblickend indes hatte gerade diese Naivität auch ihr Gutes: Ohne den überschäumenden Optimismus der ersten Stunde und die damit einhergehende Unterschätzung der anstehenden Vereinigungs- und Transformationskosten hätten grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen kaum mit dem Elan und der Entschlossenheit getroffen werden können, die angesichts des objektiven Zeitdruckes notwendig waren. Es erscheint mir durchaus als offene Frage, ob eine "realistischere" Ex-ante-Einschätzung per Saldo zu einem "besseren" Resultat geführt hätte. Ohne die immer noch bestehenden Probleme bagatellisieren zu wollen, und vor allem ohne Zynismus gegenüber dem vielfältigen, zumindest vordergründig durch den Transformationsprozeß bedingten individuellen Leidensdruck vieler Menschen bin ich der Meinung, daß sich die Erfolge der letzten fünf Jahre - allen Cassandra-rufen zum Trotz - durchaus sehen lassen können. Ich bin davon überzeugt, daß alle grundsätzlichen Entscheidungen in diesem Prozeß im wesentlichen richtig waren, wiewohl man sich über Detailfragen durchaus streiten kann und noch lange Zeit streiten wird. Einen Kardinalfehler würde ich allerdings nach wie vor darin sehen, daß der Vereinigungsprozeß zwar vom Osten gewünscht, aber konzeptionell, organisatorisch und materiell überwiegend durch den Westen betrieben wurde, während die ostdeutsche Bevölkerung faktisch kaum die Möglichkeit hatte, an diesem Projekt aktiv zu partizipieren, noch ihre vom Westen unterschiedenen Mentalitäten und Befindlichkeiten ernst genommen wurden. Ich fürchte, daß dieses Manko eine echte Vereinigung beider deutscher Teilstaaten noch lange blockieren wird.

Zentrale Aspekte der ostdeutschen Positivbilanz sind:

1. Der Produktionsaufschwung ist in voller Breite im Gang; betraf dies zunächst insbesondere Handel und Dienst-

leistungen, so gilt dies seit 1994 auch für nahezu alle Bereiche des Produzierenden Gewerbes.¹²

2. Die sektorale Produktions- und Beschäftigungsstruktur hat sich weitgehend der der alten Bundesländer angeglichen; noch Ende der 80er Jahre entsprach sie in etwa der der Bundesrepublik Mitte der 60er Jahre, die seitdem einen tiefgreifenden Strukturwandel durchlaufen hat.³ Hervorzuheben ist insbesondere, daß im ersten Halbjahr 1994 der Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes nur geringfügig unter dem der alten Bundesländer lag; auch die These von der "Deindustrialisierung des Ostens" wird durch diesen Befund deutlich relativiert.⁴
3. Die private Investitionsdynamik, Motor jeder modernen Marktwirtschaft, ist zögernd, aber schließlich doch in Gang gekommen, obgleich ein Gutteil der Investitionen immer noch von der öffentlichen Förderung abhängen dürfte. Privatwirtschaft und Staat haben von 1991 bis 1994 im Osten Deutschlands ein Volumen von ca. 500 Mrd. DM in Preisen von 1991 für Bruttoanlageinvestitionen aufgewendet, woran der Staat einen Anteil von 16% hat; nach Schätzungen liegen die Anlage-

¹ Lippe, P.v.d.: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, Expertise im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (gekürzte Fassung), Essen 1994.

² Jahrgutachten 1994/95 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 13/26, Bonn 1994 (im folgenden: SVR 1994), S. 77, 395; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Wirtschaftsberichte 1994-1995: Deutschland, Paris 1995 (im folgenden: OECD 1995); S. 18.

³ Eckart, K.: Der wirtschaftliche Umbau in den neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv, 28. Jg., 1995, S. 578 f.

⁴ SVR 1994, S. 94 f.

investitionen je Einwohner in Ostdeutschland inzwischen weit über dem westdeutschen Niveau.⁵ Das Dilemma lag zunächst aber nicht nur im niedrigen Volumen der Investitionen, sondern vor allem im Auseinanderfallen von Kapazitäts-(oder Angebots-) und Einkommens-(oder Nachfrage-)effekt, deren Ineinandergreifen gerade den Selbstlauf einer marktwirtschaftlichen Konjunktur begründet.⁶ Da ostdeutsche Investitionsgüterproduzenten anfänglich kaum mit westlichen Anbietern konkurrieren konnten, kam der ostdeutschen Wirtschaft nur der langsam wirkende Angebotseffekt der Investitionen, nicht aber ihr sofort wirkender Nachfrageeffekt zugute. Das Dilemma hat sich zwischenzeitlich deutlich entschärft, wobei insbesondere die Rolle der Bauwirtschaft zu betonen ist, die als lokaler Anbieter zu einer ersten kräftigen Konjunkturlokomotive geworden ist.⁷ Eine vergleichbare Rolle spielte die Bauwirtschaft im Nachkriegsaufschwung der alten Bundesrepublik.

4. Die Privatisierung der ehemaligen "volkseigenen" Betriebe und Kombinate ist weitgehend abgeschlossen; Ende September standen noch 144 Unternehmen mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von rund 43.000 zum Verkauf. Ende des letzten Jahres wurde die Treuhandanstalt aufgelöst; verbleibende Aufgaben übernehmen ihre Nachfolgeinstitutionen. Damit hat die Anstalt in weniger als fünf Jahren ein wirtschaftliches Bravourstück vollbracht, das kaum einer von ihr erwartet hatte und realistischerweise auch kaum erwartet werden durfte. Die Privatisierungserlöse beliefen sich bis September 1994 brutto auf ca. 65 Mrd. DM; sie hinterläßt

Schulden in Höhe von ca. 230 Mrd. DM. Diese Resultate entsprechen in keiner Weise den anfänglichen Erwartungen, die freilich auf dem Mythos eines Kapitalbestandes der DDR in der Größenordnung von 1,7 Bill. Ostmark basierten und mit zunehmender Einsicht in den wahren Marktwert der hoffnungslos überalterten und verschlissenen Ausrüstungen und Bauten sukzessive nach unten korrigiert werden mußten. Es gehört schon einige Kühnheit dazu, der Treuhandanstalt heute vorzuwerfen, sie habe mit ihrer Strategie übereilter Privatisierung "um jeden Preis" das Volkvermögen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern "verschleudert".⁸

5. Die Einkommen der privaten Haushalte sind zwischen dem zweiten Halbjahr 1990 und dem ersten Halbjahr 1994 um 67% kräftig angestiegen; die westliche Vergleichszahl liegt lediglich bei 19%.⁹ Dank der jüngsten Beruhigung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten, der seit 1992 kontinuierlich rückläufig war und Anfang dieses Jahres mit 1,9% sogar unterhalb des westdeutschen Wertes lag, steigen nunmehr auch die Realeinkommen rascher.¹⁰
6. Schließlich ist auch der Erwerbstätigen-saldo (Zugänge minus Abgänge von Erwerbstätigen) des Jahres 1994 erstmals seit 1989 positiv: Von November 1993 bis November 1994 ist die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland um nahezu 300.000 bzw. gut 5% gestiegen. Davon hat zum ersten Mal auch das gesamte Verarbeitende Gewerbe mit 2% profitiert, darunter vor allem Kleinbetriebe mit einem Zuwachs von 7%.¹¹ Eine regressionsanalytische Untersu-

⁵ SVR 1994, S. 57, 62.

⁶ Heering, W./ Schroeder, K.: Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995, S. 159.

⁷ SVR 1994, S. 79, OECD 1995, S. 24.

⁸ Prieue, J.: Der Preis der schnellen Privatisierung - eine vorläufige Schlußbilanz der Treuhandanstalt, in: Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland, Nr. 11, Mai 1994.

⁹ SVR 1994, S. 344.

¹⁰ OECD 1995, S. 15.

¹¹ Leikeb, H./ Magvas, E.: Allmählicher Anstieg der Beschäftigung, IAB Werkstattbericht, Nr. 7, August 1995.

chung mit ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹² zeigt einen eindeutigen positiven Zusammenhang (76% Varianzaufklärung) zwischen Beschäftigungsentwicklung und Fortschritt in der Produktivitätentwicklung gemessen am jeweiligen westdeutschen Niveau. Bezieht man die Erwerbstätigenzahl (im Inland) auf die Wohnbevölkerung, so liegt die ostdeutsche Quote zwischenzeitlich mit 40% nur noch knapp unter der entsprechenden Relation in den alten Ländern (43%). Von einem "Kahlschlag" der ostdeutschen Wirtschaft kann auch insoweit keine Rede sein, obwohl die noch vorhandene Differenz am Arbeitsmarkt natürlich spürbar ist; die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ist indes ebenso sehr durch ein im Vergleich zu den Altländern wesentlich höheres Arbeitsangebot bedingt.

Trotz dieser eher günstigen Zwischenbilanz können und dürfen die immer noch bestehenden Probleme nicht übersehen werden. Noch ist der einsetzende "Ausschwung Ost" ein äußerst zartes Pflänzchen, das auch weiterhin außerordentlicher Pflege bedarf; nach wie vor ist Ostdeutschland auf externes Kapital und Transferzahlungen aus Westdeutschland in Milliardenhöhe dringend angewiesen. Allein an öffentlichen Geldern flossen 1994 brutto rund 166 Mrd. DM in die neuen Länder, für 1995 wird mit einem Betrag von 196 Mrd. DM gerechnet.¹³ Zwar ist die ostdeutsche Eigenproduktionsquote bezogen auf den inländischen Bedarf zwischen 1991 und 1994 um zehn Prozentpunkte gestiegen, sie ist mit 67% jedoch immer noch sehr niedrig. Umgekehrtes gilt für den Anteil empfangener Nettotransfers am Volkseinkommen mit 43%, und 41% der verfügbaren Einkommen ostdeutscher privater Haushalte stammen aus Transferzahlungen; die entsprechende Quote für

Westdeutschland beträgt demgegenüber 26%. Die Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft ist unübersehbar, und dies wird auch noch für geraume Zeit so bleiben.

Eine aggregierte Betrachtung ist zwar stets problematisch, aber für Ostdeutschland gilt dieser Vorbehalt in besonderem Maße, weil sich hier hinter den Durchschnitt außerordentlich disparate sektorale und regionale Entwicklungen verbergen. Insofern stehen sehr erfreulichen Tendenzen z.T. äußerst prekäre, zuweilen desolante Erscheinungen gegenüber. So wichtig es ist, diese nicht aus den Augen zu verlieren, so verheerend und unangemessen erscheint es, den Transformations- und Vereinigungsprozeß nur an ihnen zu messen, ein Trend, der in einem Großteil der Medien und der sozialwissenschaftlichen Literatur derzeit vorherrscht. Damit werden negative Partialbefunde überhöht und ein insgesamt düsteres Bild entworfen, das so jedenfalls nicht der Wirklichkeit entspricht. Gleichwohl werden damit Vorurteile bedient und einer allgemeinen Stimmung in Ostdeutschland Vorschub geleistet, die längst schon den Bezug zur Lage und insbesondere zur persönlichen Lebenssituation verloren zu haben scheint und mit wachsenden materiellen Erfolgen immer mehr zu verlieren droht.

Ich möchte diese These anhand eines brisanten Problems der deutschen Vereinigung illustrieren, der Frage nämlich, welche Perspektive der Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern zukommt. Die allein schon wegen der niedrigen Produktivität der DDR-Wirtschaft notwendig hohe Erwerbsquote implizierte auch eine außerordentlich hohe Frauenerwerbstätigkeit, die im Transformationsprozeß unter einen doppelten Druck geraten mußte. Zum einen war eine drastische Reduktion des gesamten Beschäftigtenstandes in Ostdeutschland aus marktökonomischer Sicht zwingend geboten. Zum anderen wurde die Beteiligungsquote der Frauen am ostdeutschen Erwerbssystem (nicht nur, aber vor allem) von konservativer Seite als "unnatürlich

¹² SVR 1994, S. 78.

¹³ Vesper, D.: "Milliardengrab Ost"? Unaufgeregte Anmerkungen zu einer aufgeregten Debatte, in: Deutschland Archiv, 28.Jg., 1995, S. 575.

hoch" bewertet; vermutet wurde, daß dieses Phänomen weniger die Präferenzen der Frauen widerspiegelte als den systemimmanenten Druck des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR. Wie immer man jedoch die Frauenerwerbstätigkeit in der DDR beurteilen mag, fest steht, daß sie zum Lebensalltag ostdeutscher Frauen gehörte; sie hat Erfahrungen und Lebensplanungen von Frauen geprägt, die nun nicht einfach revidierbar sind und denen grundsätzlich die gleichen Chancen und Rechte eingeräumt werden müssen wie den männlichen. Zumindest kurzfristig ist kaum zu erwarten, daß sich die ostdeutschen Frauen freiwillig aus dem Erwerbssystem verabschieden werden, so gerne dies auch von verschiedenen Seiten gesehen würde.

Mein Kollege Klaus Schroeder und ich haben zu dieser Thematik eine empirische Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse wir kürzlich zusammen mit einer anderen Studie unter dem Titel "Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen" in Buchform veröffentlicht haben.¹⁴ Unser Ausgangspunkt war die weit verbreitete Befürchtung, wonach die Frauen zu den Hauptverlierern des Transformationsprozesses in Ostdeutschland zählen könnten bzw. würden. Nun ist dies gewiß "ein weites Feld", weil sich im Zuge der Vereinigung für Frauen in Ostdeutschland tatsächlich eine ganze Menge verändert hat bzw. ändert und jede Veränderung natürlich auch stets Risiken birgt. In der Diskussion wird jedoch das Beschäftigungsproblem meist als eine Art "Achillesferse" des Gesamtkomplexes behandelt. Dafür gibt es gute Gründe, nicht nur materieller, sondern auch sozialpsychologischer Natur: In der DDR hatte der Betrieb, die Verwaltung, die Arbeitsstätte schlechthin eine weit wichtigere soziale und politische Bedeutung für den einzelnen als dies in den alten Bundesländern jemals der Fall war;¹⁵ die

Vermutung, daß Frauen nun aus diesem auch für sie so wichtigen und selbstverständlichen Lebensbereich zunehmend ausgegrenzt werden, führt zwangsläufig zu Verbitterung und Frustration, zu einer drastischen Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls.¹⁶ Dementsprechend emotionalisiert wird die Diskussion geführt, was zwar verständlich, aber einer Klärung und Abhilfe eher hinderlich ist; um nur eine Stellungnahme zu zitieren: "*Die derzeitigen beschäftigungspolitischen Vorgänge in den neuen Bundesländern, die auch wesentlich Männer zu verantworten haben, sind ein schamloses Beispiel für die kostengünstige Vertreibung von Frauen aus ihnen zustehenden Arbeitsbereichen*".¹⁷

Tatsache ist zunächst, daß die DDR einen Erwerbstätigenanteil der Frauen aufwies, der weit höher lag als der in der alten Bundesrepublik und auch international nur von wenigen Ländern (Schweden, Finnland) erreicht bzw. übertroffen wurde. Zusammen mit vorliegenden Informationen weitgehender Angleichung der Frauen hinsichtlich Qualifikation, Stellung im Beruf, Entlohnung, etc. sowie über eine vermeintlich "fortschrittliche" Familienpolitik wurde dies als "Gleichstellungsvorsprung" ostdeutscher Frauen gegenüber ihren westdeutschen Geschlechtsgenossinnen gewertet.¹⁸ Ich werde mich im folgenden indes nur mit der Beschäftigungsproblematik befassen. Bei genauerer Betrachtung bleibt von den sonstigen "Errungenschaften der Frauen" in der DDR in der Tat wenig übrig; es handelt sich zum Teil um schlichte

ben, in: Schroeder, K. (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994.

¹⁶ Helwig, G.: Einleitung, in: Helwig, G./Nickel, H.M. (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993.

¹⁷ Schmerl, C.: Alles unter Kontrolle? Emanzipation der Frauen versus Konservatismus der Männer, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6/93, Februar 1993, S. 22.

¹⁸ Geißler, R.: Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 14-15/91, April 1991.

¹⁴ Heering/Schroeder 1995.

¹⁵ Heering, W./Schroeder, K.: Zur Neuordnung der Arbeitsbeziehungen in ostdeutschen Betrie-

Propaganda, zum Teil aber um äußerst ambivalente Sachverhalte, die jedenfalls nicht ohne Umschweife als Aktiva zugunsten der Frauen gezählt werden können.

Tatsache ist ferner, daß ostdeutsche Frauen seit Juli 1990 einen Anteil an Arbeitslosigkeit von über 50% aufweisen, der seither kontinuierlich angestiegen ist und derzeit bei ca. 65% liegt. Daß der Anteil der Frauen an der Beschäftigung spiegelbildlich ebenso dramatisch gefallen sein muß, erscheint daher auf den ersten Blick durchaus plausibel; als Größenordnung wird ein Rückgang von 49% im Herbst 1989 auf 43% Ende 1993 genannt. Der Schluß von Arbeitslosenzahlen auf Beschäftigungszahlen ist allerdings methodisch immer problematisch ist, weil erstere die Differenz zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage repräsentieren, während letztere nur die Arbeitsnachfrage reflektieren (so lange keine Angebotsengpässe am Arbeitsmarkt auftreten). Dieser Vorbehalt ist deshalb relevant, weil Daten, die über ostdeutsche Erwerbstätigkeit derzeit direkt vorliegen, längst nicht die Differenziertheit und statistische Qualität von Arbeitslosenzahlen aufweisen.

Um einer unvoreingenommenen Beurteilung des Problems näher zu kommen, haben wir zunächst eine Branchenfallstudie in der ostdeutschen chemischen Industrie durchgeführt, die sich aus verschiedenen Gründen als geeignetes Untersuchungsfeld anbot; unser methodischer Ansatzpunkt dabei war, Positionen und Erwartungen aller betrieblichen Akteure (Unternehmensleitungen, Betriebsräte, beschäftigte Frauen) in ihrer Beziehung aufeinander zu berücksichtigen. Untersucht wurden ca. 40 Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl (Ende 1992) von rund 40.000, das entspricht ungefähr 50% der Gesamtbeschäftigung des Chemiebereichs in den neuen Ländern. Bei unseren Befragungen konnten wir feststellen, daß die Beschäftigungssituation der Frauen offenbar von allen Beteiligten als außerordentlich ernst wahrgenommen wird, seltsamerweise aber bislang auf Ebene der

einzelnen Unternehmen und Betriebe so gut wie keine Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Der Grund dafür dürfte zum einen sein, daß alle Seiten nicht nur in dieser Frage nach wie vor hohe Erwartungen an die Politik haben; zum anderen aber mag das auch daran liegen, daß sich das faktische Problem gar nicht so drängend stellt, wie es die Äußerungen der Beteiligten nahelegen, zumindest soweit es das Beschäftigungsniveau betrifft. Jedenfalls konnten wir insoweit kein handfestes Indiz für eine wirkliche Benachteiligung der Frauen finden; ihr Beschäftigtenanteil ist im Beobachtungszeitraum (Ende 1989 bis Ende 1992) in einigen Unternehmen leicht gesunken, in anderen leicht gestiegen, insgesamt aber eher noch gestiegen. Die These, wonach auch hier eine Diskrepanz zwischen persönlichen Erfahrungen und Mutmaßungen über die allgemeine Situation vorliegen dürfte, wird durch folgenden Befund gestützt: Während die eigene Lebenssituation nach der Wende von den befragten Frauen überwiegend eher positiv bewertet wird (44% sehen eine klare Verbesserung, für 29% halten sich Vor- und Nachteile die Waage, und 21% beklagen eine persönliche Verschlechterung), fällt eine entsprechende Einschätzung der allgemeinen Lage ostdeutscher Frauen weit negativer aus (nur 9% nehmen eine Verbesserung wahr, wohingegen 83% eine Verschlechterung der Lage der Frauen nach der Wende diagnostizieren); ähnlich gravierende Diskrepanzen konnten wir bei anderen Einstellungsfragen feststellen (etwa zur Frauendiskriminierung).

Angesichts dieser dem allgemeinen Bild diametral entgegengesetzten Befunde haben wir die aggregierten Daten zur Beschäftigungssituation von Frauen in Ostdeutschland einer kritischen Analyse unterzogen. Unser diesbezügliches Fazit lautet allgemein, daß auch diese Zahlen nicht in der Lage sind, pauschalisierte Negativurteile zu stützen: Zum einen sind die Daten selbst äußerst dürftig und methodisch mit einer nicht zu vernachlässigenden Fehler-toleranz behaftet; zum anderen überzeichnet die übliche Interpretation das Problem

aufgrund zweier methodischer Fehljustierungen:

1. In den Bezugswahlen aus der alten DDR wird der sog. X-Bereich (Militär; Polizei; Staatssicherheit; Parteien; gesellschaftliche Organisationen u.ä.) meist nicht mitgezählt; da dieser bei einer Gesamtbeschäftigung von rund 0,7 Mio. einen weit unterdurchschnittlichen Frauenanteil (ca. 12%) aufwies, wird der Erwerbstätigenanteil der Frauen in der DDR zu hoch ausgewiesen. Gerade aus arbeitsmarktpolitischer Sicht macht die Vernachlässigung dieses Bereiches jedoch wenig Sinn; man kann nicht einfach so tun, als hätten sich die darin tätigen Personen einfach in Luft aufgelöst. Berücksichtigt man dies, so ergibt sich als Referenzquote für Ende September 1989 (dem Zeitpunkt der letzten DDR-Berufstätigenerhebung) ein Frauenanteil an den Erwerbstätigen von nur mehr 46%.¹⁹
2. Üblich ist die Darstellung der geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenstruktur in Ostdeutschland anhand des Wohnortkonzeptes ("Inländerkonzept"); da es im vorliegenden Zusammenhang um die Arbeitsplatzstruktur in Ostdeutschland geht, bietet sich jedoch ein modifiziertes Arbeitsortkonzept ("Inlandskonzept") eher an, das man erhält, wenn man von den erwerbstätigen Ostdeutschen (egal wo sie arbeiten) die Westpendler abzieht. Dadurch erhält man die Zahl ostdeutscher Erwerbstätiger; sie entspricht der Anzahl ostdeutscher Arbeitsplätze, die Ostdeutschen "zur Verfügung stehen".²⁰ Der Frauenanteil an den ostdeutschen Erwerbstätigen stieg bis November 1990 auf 47%, fiel dann bis November 1993 kontinuierlich bis auf 44% und stieg

zuletzt (bis November 1994) wieder auf 45%; er blieb aber stets um mehr als ein Prozentpunkt über dem Frauenanteil an den erwerbstätigen Ostdeutschen mit zuletzt 44%.²¹ Der statistische Grund für diese Differenz ist der weit unterdurchschnittliche Anteil der Frauen an den Westpendlern, d.h. an den Personen, die in Ostdeutschland leben, aber in Westdeutschland arbeiten. Wichtig ist, daß die geringere räumliche Mobilität ostdeutscher Frauen, die u.a. in ihrem Pendleranteil zum Ausdruck kommt, kaum der Vereinigung oder dem Übergang in die Marktwirtschaft angelastet werden kann; sie dürfte vielmehr nicht zuletzt der in der DDR ausgeprägten traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern geschuldet sein. Dazu hat insbesondere eine spezifische SED-Familienpolitik beigetragen, die vornehmlich als "Mütterpolitik" verordnet wurde; die meist alleinige Verantwortung für die Familie lag und liegt insoweit auch weiterhin bei den Frauen.

Betrachtet man daher die aggregierte Arbeitsplatzstruktur in Ostdeutschland, so ist fünf Jahre nach der Wende ein Rückgang des Frauenanteils um lediglich ein Prozentpunkt zu verzeichnen; das entspricht einer Zahl von 70.000 Jobs, die Frauen überproportional verloren haben. Aber auch dieses Faktum läßt sich nicht darauf zurückführen, daß Frauen bei Entlassungen generell benachteiligt werden, wie dies in der Diskussion immer wieder behauptet wird. Nach allen verfügbaren statistischen Daten läßt sich im Durchschnitt kein höheres Entlassungsrisiko ostdeutscher Frauen belegen; verschiedene Indizien sprechen dafür, daß eher das Gegenteil richtig sein dürfte: Auf Grundlage eines Regressionsmodells haben wir geschätzt, daß Frauen mit 42% einen wesentlich geringeren Anteil an den im Zeitraum zwischen Ende 1989 und Ende 1993 beendeten Beschäftigungsverhältnissen in Ostdeutschland hatten als

¹⁹ Magvas, E.: Große Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, IAB Kurzbericht, Nr.14, September 1993.

²⁰ Koller, M./Jung-Hammon, T.: Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland, in: MittAB 1/93, Nürnberg 1993.

²¹ Leikeb/Magvas, a. a. O.

ihrem Gewicht von 46% des Ausgangsbestandes entspricht; ihr Anteil an den neubegründeten Beschäftigungsverhältnissen im gleichen Zeitraum liegt freilich mit 38% noch niedriger. Das eigentliche Problem für Frauen besteht demnach in ihrer geringeren Wiederbeschäftigungschance nach Verlust des Arbeitsplatzes. Auch hier wirken sich vor allem strukturelle Benachteiligungen von Frauen im Beschäftigungssystem der DDR aus (qualifikationsinadäquate Beschäftigung von Frauen; Konzentration auf typische "Frauenbereiche" mit inferioren Jobs in Wirtschaft und Verwaltung; Unterrepräsentanz auf höheren Hierarchieebenen), die unter den gegenwärtigen Käufermarktbedingungen am Arbeitsmarkt von einer überwiegend qualitativen in nunmehr auch quantitative Benachteiligung transformiert werden. Die neuesten Daten zur Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland sind allerdings geeignet, auch die letzte Feststellung zu relativieren, obwohl dies natürlich noch sorgfältiger zu analysieren wäre: An der Nettozunahme der inländischen Erwerbstätigen im Verlauf des Jahres 1994 um ca. 300.000 haben die Frauen mit einem Anteil von 69% profitiert!²²

Angesichts dieser Befunde läßt sich kaum die pauschale Behauptung aufrechterhalten, wonach im Zuge der deutschen Vereinigung nunmehr eine männerdominierte Marktwirtschaft zum Sturm auf die "Gleichstellungsbastion Ostdeutschland" angetreten sei. Die Zahlen belegen zwar Benachteiligungen von Frauen am ostdeutschen Arbeitsmarkt, diese sind jedoch im Durchschnitt längst nicht so gravierend wie üblicherweise unterstellt; darüber hinaus lassen sie sich auch durchaus auf "Altlasten" des DDR-Wirtschaftssystems zurückführen.

Lassen Sie mich abschließend zur Hauptthese meines Referates zurückkehren. Die Ergebnisse unserer Untersuchungen stützen folgende Schlußfolgerungen:

1. Stimmung und Lage in Ostdeutschland scheinen derzeit sehr weit auseinanderzuklaffen.
2. Darüber hinaus existieren offenbar nach wie vor erhebliche Erwartungen an die Politik, mit denen diese in Zukunft stärker rechnen müssen, auch wenn und gerade weil sie zu einem erheblichen Teil unerfüllbar sind. Letztlich kann nur eine ehrliche und offene Bestandsaufnahme der Desillusionierung gegenüber demokratischen Institutionen und der sozialen Marktwirtschaft entgegenwirken, die derzeit zu drohen scheint.
3. Eine stärkere Beachtung sollte in der Diskussion indes der Frage nach angemessenen Beurteilungskriterien für den Vereinigungsprozeß geschenkt werden. Damit werden bestehende Probleme und kritische Fragen keineswegs übertüncht; vielmehr geht es gleichsam um ein Zurechtrücken des "Koordinatensystems".

In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen mit einer sehr treffenden Bemerkung eines kompetenten Wirtschaftsstatistikers beschließen; in seiner Expertise zur amtlichen Statistik in der DDR für die Enquête-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages schreibt Peter von der Lippe: *"Man sollte sich fragen, wo die DDR-Wirtschaft, wie sie tatsächlich war, heute stünde, wenn es die DDR noch gäbe. Denn das ist m.E. der einzige faire Maßstab, an dem die Vereinigungspolitik zu messen ist ..."*²³

Und im Anschluß an diese Feststellung zitiert er die oberste Autorität der DDR in Wirtschaftsfragen, Günter Mittag, der anläßlich eines Spiegelinterviews im September 1991 ausführte: *"Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war Man denke nur, angesichts der schwierigen Lage in der Sowjet-*

²² Ebenda.

²³ Lippe, a.a.O., S. 81f.

union, was hier heute los wäre, wenn es die DDR noch gäbe. Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend und Hunger."

Literatur:

Eckart, K.: Der wirtschaftliche Umbau in den neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv, 28.Jg., 1995

Geißler, R.: Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 14-15/91, April 1991

Jahresgutachten 1994/95 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 13/26, Bonn 1994 (SVR 1994)

Heering, W./Schroeder, K.: Zur Neuordnung der Arbeitsbeziehungen in ostdeutschen Betrieben, in: Schroeder, K. (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994

Heering, W./Schroeder, K.: Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995

Helwig, G.: Einleitung, in: Helwig, G./Nickel, H.M. (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993

Koller, M./Jung-Hammon, T.: Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland, in: MittAB 1/93, Nürnberg 1993

Leikeb, H./Magvas, E.: Allmählicher Anstieg der Beschäftigung, IAB Werkstattbericht, Nr.7, August 1995

Lippe, P.v.d.: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, Expertise im Auftrag der Enquête-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages (gekürzte Fassung), Essen 1994

Magvas, E.: Große Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, IAB Kurzbericht, Nr.14, September 1993

Priewe, J.: Der Preis der schnellen Privatisierung - eine vorläufige Schlußbilanz der Treuhandanstalt, in: Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland, Nr. 11, Mai 1994

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Wirtschaftsberichte 1994-1995: Deutschland, Paris 1995 (OECD 1995)

Schmerl, C.: Alles unter Kontrolle? Emanzipation der Frauen versus Konservatismus der Männer, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6/93, Februar 1993

Vesper, D.: "Milliardengrab Ost"? Unaufgeregte Anmerkungen zu einer aufgeregten Debatte, in: Deutschland Archiv, 28.Jg., 1995